

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/147

Bonn, den 5. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 DIE SORGEN UNSERER STÄDTE 71

Aktuelle Probleme der Kommunalpolitik am Beispiel Oberhausen

Von Oberbürgermeisterin Luise Albertz, MdB

3 - 5 Osteuropäisches Tagebuch 80

Zu Besuch beim tschechoslowakischen Nachbarn

Von Hans Jürgen Wischniewski, MdB, z. Z. Prag

* Der Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans Jürgen *
* Wischniewski befindet sich zur Zeit auf einer privaten Peri- *
* odenreise in mehrere Länder des Ostblocks. Von seinen einzel- *
* nen Stationen berichtet der Abgeordnete dem Sozialdemokra- *
* tischen Pressedienst über seine Eindrücke und Erlebnisse.

Die Redaktion

5 Verbindung EWG - COMECON ? 29

Verstärkte französische Aktivität in den Ostblockstaaten

6 - 7 Auch Bayerns Politik macht noch Ferien 80

... aber Ruhe vor dem Sturm

* *

*

DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

Aktuelle Probleme der Kommunalpolitik am Beispiel Oberhausen

Von Oberbürgermeisterin Luise Albertz, MdB

Aus der Industriestadt Oberhausen, der "Wiege der Ruhrindustrie", über aktuelle kommunalpolitische Probleme zu berichten, bedeutet, und das bedarf keiner Kommentierung, auf die Kohlenhalden, auf die Folgen der latenten Kohlenkrise und auf die sich abzeichnende Stahlkrise hinzuweisen - Krisen, von denen die Städte und Gemeinden an der Ruhr, ihre Bürger, und nicht nur die in Bergbau und in der Stahlindustrie Beschäftigten, in gleichem Maße betroffen sind oder werden. Was in 20-jähriger Aufbauarbeit geleistet wurde, ist in Gefahr, wieder verlorenzugehen. Hunderttausende sorgen sich heute um ihren gesicherten Arbeitsplatz.

In der Öffentlichkeit ist immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, einen Energieplan aufzustellen, mit dem sich Bundes- und Landesregierung zwar beschäftigt haben, der aber bis heute nicht vorliegt. Vermißt wird seit Jahren eine kontinuierliche Strukturverbesserung im Ruhrrevier. Die Schwierigkeiten, die sich solchen Bemühen entgegensetzen, einen Ausgleich an Wirtschaftskraft im Revier aufzubauen, sind bekannt. Sie können nicht allein von den Gemeinden an der Ruhr bewältigt werden. Die Zahlen, die in diesen Wochen über die Steuerkraft der Städte im Revier veröffentlicht werden, sprechen für sich. Die Steuerschwäche der Bergbaugemeinden ist nahezu sprichwörtlich geworden.

Diese Tatsachen stehen im Gegensatz zu dem Nachholbedarf und zu den erhöhten Aufwendungen zur Erfüllung lebenswichtiger Aufgaben, die sich gerade in den Revierstädten mit ihrer besonderen Bevölkerungsstruktur und der zumiest sehr starken Siedlungsdichte stellen. Der Deutsche Städtetag hat wiederholt, zuletzt in der öffentlichen Sitzung seines Hauptausschusses am 29. 6. 1966 in Frankfurt (Main), mit Nachdruck auf die immer mehr um sich greifende Verschuldung der Gemeinden hingewiesen.

- * Wenn, so hieß es, den Städten finanziell nicht bald gekolten
- * wird, droht, um nur ein Beispiel zu nennen, die Stilllegung großer Verkehrsbaustellen. Es fällt leicht, sich auszumalen, was
- * geschähe, wenn in dem Ballungsgebiet Ruhrrevier große Baustellen in den Innenstädten liegenblieben, wie sie gerade aussehen.

Wie aber soll die Anziehungskraft des Industriegebietes an der Ruhr gesteigert werden, wie sollen neue Industrien gewonnen werden, wenn die Städte, und das schon seit langen Jahren, immer noch vergebens auf eine umfassende Finanzreform durch Bund und Land warten müssen.

Eine Umstrukturierung des Ruhrreviers, d.h. die Neuansiedlung von krisenfesten Industriebetrieben, ist das Gebot der Gegenwart und die vorrangige Aufgabe für die Zukunft. Geeignete Industrieflächen, nur selten im Eigentum der Gemeinden, müssen beschafft und aufgeschlossen werden, um sie einer krisenfesten Industrie anzubieten. Gewaltige Anstrengungen finanzieller und politischer Art sind notwendig, um dieses kommunale Problem zu lösen. Die Städte sind bereit dazu, die Gemeinden und Städte an der Ruhr besonders, weil eine Neuorientierung der hier ansässigen Industrie für sie eine Existenzfrage ist.

- * In den kriegszerstörten Städten, und dazu gehörte auch Oberhausen, wurde planvoll und umsichtig wieder aufgebaut. Außer-
- * gewöhnliche Investitionen waren notwendig für den Wohnungsbau, für die Neuerrichtung von Schulen, für Sportanlagen.
- * Schließlich waren und sind für die Lösung der Verkehrsprobleme erhebliche Mittel aufzuwenden, die in krassen Mißver-
- * hältnis zu der Finanzlage der Städte stehen. Zwangsläufig
- * mußte eine Verschuldung der Städte eintreten, die örtlich
- * unterschiedlich in verstärktem Maße bei den Städten im Revier auftreten mußte. Coerhausen bildet hiervon keine Aus-
- * nahme.

Einschneidende Beschränkungen in der Möglichkeit, Darlehen auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen, und drastische Rückgänge in den Gewerbesteuerereinnahmen als wichtigste Geldquelle der Stadt im ordentlichen Haushalt haben zu der Situation geführt, daß die Städte im Revier allein nicht mehr mit ihren Problemen fertig werden. Die Kommunalpolitiker haben diese Vorgänge nicht verschuldet. Ihre Forderung nach einer gerechten Beteiligung am gesamten Steueraufkommen blieb unbeachtet, der Finanzausgleich unerfüllt. Will man das Ruhrrevier, die von der Bergbaukrise betroffenen Gemeinden nicht ihrem Schicksal überlassen, so ist es an der Zeit, daß Bund und Land den Städten entscheidend helfen, ihre Zukunftsfragen zu lösen.

Osteuropäisches Tagebuch

Zu Besuch beim tschechoslowakischen Nachbarn

Von Hans Jürgen Wischnewski, MdB, z. Z. Prag

- * Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans Jürgen *
- * Wischnewski befindet sich zur Zeit auf einer privaten Feri- *
- * enreise in mehrere Länder des Ostblocks. Von seinen einzel- *
- * nen Stationen berichtet der Abgeordnete dem Sozialdemokra- *
- * tischen Pressedienst über seine Eindrücke und Erlebnisse. *

Die Redaktion

Die Ausstellung meines Visums für die Tschechoslowakei einschließlich der Postbeförderung Köln - Berlin und zurück dauerte genau 36 Stunden. Das ist sicher nicht normal. Unbestritten ist jedoch, daß ein tschechoslowakischer Staatsbürger auf ein Visum der Bundesrepublik sehr viel länger warten muß als umgekehrt. Warum die Ausstellung eines deutschen Visums unter Umständen mehrere Wochen dauert, ist völlig unverständlich. Invergesen ist hier in Prag noch die böse Geschichte anläßlich des Eröffnungsfluges der Lufthansa Frankfurt-Prag-Frankfurt. Ein sehr großer Teil der von der Lufthansa eingeladenen Ehrengäste aus der Tschechoslowakei konnte an dem Eröffnungsflug nicht teilnehmen, weil die zuständigen deutschen Behörden nicht in der Lage waren, die Visa rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Keinerlei Vertretung

Die Grenzabfertigung ist bewußt korrekt und sogar freundlich. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei bestehen zur Zeit keinerlei Beziehungen - keine Botschaft, kein Konsulat, keine Handelsmission -, und für den Handel gibt es zur Zeit auch keine vertragliche Regelung. Hier in Prag sind Guinea, Mali und der Jemen vertreten, nicht aber die Bundesrepublik Deutschland. In Moskau hat die Bundesrepublik eine Botschaft, in Warschau, Budapest, Bukarest und Sofia eine Handelsmission, in Jugoslawien ein Generalkonsulat und eine Dienststelle unter Verantwortung der französischen Schutzmacht. In Europa gibt es einen ähnlichen Zustand wie zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei (CSSR) nur noch mit Albanien. Dieser Zustand ist untragbar. Nicht einmal die Deutsche Presseagentur unterhält in Prag ein Büro. Die CSSR wird von Wien aus betreut. Auch dieser Zustand erscheint mir untragbar. Eine direkte Berichterstattung aus Prag liegt in unserem ureigensten Interesse.

Inner mehr Touristen aus der BRD

All das ändert nichts daran, daß der Handel zwischen unseren beiden Ländern sich positiv entwickelt. Auch die Zahl der Touristen aus der Bundesrepublik nimmt ständig zu. Das Anwachsen des Touristenstroms aus der Bundesrepublik Deutschland in die CSSR kann auch aus politischen Gründen nur begrüßt werden. Die Bevölkerung hier in der Tschechoslowakei ist zum Gespräch bereit; große technische Schwierigkeiten bestehen nicht; da viele Einwohner der CSSR nach wie vor deutsch ver-

stehen. Da offizielle Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nicht bestehen, haben wenigstens die Touristen die Möglichkeit, hier über die Bundesrepublik zu berichten.

Gute menschliche Kontakte

Als ich im Hotel um deutsche Zeitungen bitte, bringt man mir NEU-ES DEUTSCHLAND und die Zeitung der Österreichischen Kommunisten. Zeitungen aus der Bundesrepublik gibt es nicht. Auch aus dem übrigen westlichen Europa gibt es nur die kommunistische L'HUMANITE aus Frankreich.

Die Bevölkerung ist zu allen Ausländern außerordentlich freundlich. Die Hilfsbereitschaft ist außerordentlich groß. Mehrere Male erlebe ich, daß Tschechen auf unseren haltenden Wagen zukommen und mit deutscher Sprache frage, ob sie behilflich sein können. Sicher gibt es in der Politik noch viele Hindernisse; der menschliche Kontakt, das spürt man schon nach wenigen Stunden, ist außerordentlich gut.

Prag - Stadt der gesamtdeutschen Begegnung

Prag ist noch immer eine überaus lebendige, faszinierende Stadt, eine Stadt mit einem überaus reichen kulturellen Leben. Am Sonntag besuche ich ein öffentliches Konzert in den Parkanlagen der Prager Burg. Der Parkplatz ist überfüllt. Der größte Teil der Wagen kommt aus den beiden Teilen Deutschlands. Prag ist in der Tat der Treffpunkt der Deutschen aus beiden Teilen des Landes. Das, was die Verantwortlichen in Mitteldeutschland nicht zulassen, hier in Prag, auch unter kommunistischer Verantwortung, ist es möglich - die gesamtdeutsche Begegnung.

Hier treffen sich Bekannte und Verwandte aus beiden Teilen Deutschlands, die sich hier in Prag miteinander verabredet haben. Hier verbringen Freunde aus beiden Teilen Deutschlands gemeinsam ihren Urlaub. Hier sprechen aber auch die miteinander, die sich hier nicht verabredet haben, die sich rein zufällig treffen. An Sonntagen hört man auf dem Wenzelsplatz fast soviel deutsche wie tschechische Stimmen.

Freundliche Behandlung für alle Deutschen

Die Zahl der Touristen aus Mitteldeutschland, die in die Tschechoslowakei kommen, ist sicher noch erheblich größer als die Zahl der Reisenden aus der Bundesrepublik. Aus dem nahen Sachsen kommen insbesondere zum Wochenende viele Autobusse. Die Gäste aus Mitteldeutschland benötigen zur Einreise in die CSSR eine Einladung, oder sie reisen mit Reisebüro. Das ist verhältnismäßig einfach. Aber auch die Zahl der Reisenden aus der Bundesrepublik nimmt ständig zu. - Hier in Prag werden die Deutschen alle gleich freundlich behandelt, unabhängig davon, aus welchem Teil des Landes sie kommen. Nur beim Geldumtausch gibt es Unterschiede. Die CSSR stört sich offensichtlich nicht daran, daß man in Ostberlin für Besucher 1 DM West gegen 1 DM Ost tauscht. Hier erhalten die mitteldeutschen Gäste für 1 DM Ost 3 CSSR-Kronen und die Besucher aus der Bundesrepublik für 1 DM West 4 CSSR-Kronen.

Redneraustausch? - SPD soll "am Mann bleiben"

Ich habe hier viele Möglichkeiten zu Gesprächen mit Landsleuten aus dem anderen Teil Deutschlands, die ich auch immer sehr gern ausnutze. Immer kommt man bei diesen Gesprächen sehr schnell auf den Redneraustausch zwischen SPD und SED zu sprechen, der eigentlich im Juli hätte stattfinden sollen. Das Urteil aller meiner Gesprächspartner ist eindeutig, unabhängig davon, ob es sich um Befürworter des Regimes in Mitteleuropa, um Gegner oder um Gleichgültige handelt: Die Absage durch die SED ist eine große Niederlage für die SED. Der gleichen Meinung sind die meisten meiner tschechischen Gesprächspartner. Die Menschen aus Mitteleuropa erwarten von der SPD weitere, in die gleiche Richtung gehende Initiativen.

+ + +

Verbindung EWG - COMECON

Verstärkte französische Aktivität in den Ostblockstaaten

xx - Seit der Rückkehr des französischen Außenministers von seinen Besuchen in Prag und Budapest entwickeln die in Paris akkreditierten Botschafter der europäischen Ostblockstaaten eine gesteigerte Aktivität. Aus dem französischen Außenministerium ist zu erfahren, daß Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn bis spätestens Frühjahr 1967 das Volumen der bestehenden Handelsbeziehungen mit Frankreich um mindestens 50 Prozent erhöhen wollen. In Rumänien und Ungarn sollen französische Firmen vornehmlich chemische und Textilfabriken einrichten; auch die französische Werkzeugmaschinenindustrie will in den meisten Ostblockländern ganz groß ins Geschäft steigen. Zur Zeit verhandeln die betreffenden Firmen mit der französischen Regierung um Gewährung billiger und langfristiger Kredite. Ebenso wie bei den Handelsbeziehungen französischer Firmen mit der sowjetischen Besatzungszone werden auch bei den übrigen Ostblockländern die kommunistischen Betriebsräte der interessierten französischen Firmen stark eingeschaltet.

Politisch interessant ist, daß Moskau den gesteigerten bilateralen Aktivitäten der Staaten des Warschauer Paktes keine Hindernisse in den Weg legt; im Gegenteil, das sowjetische Außenhandelsministerium hat sich bei der Vorbereitung von Kreditabkommen mit französischen Banken eingeschaltet und soll in einigen Fällen sogar bereit sein, Bürgschaften zu übernehmen.

Wenn nicht alles täuscht, werden die neueren französischen Aktivitäten in den Ostblockländern auch auf Verpflichtungen abgestimmt, die die beteiligten französischen Firmen im Rahmen der EWG und im Bereich der Montanunion haben. Unterrichtete Kreise vermuten daher, daß französischerseits die wirtschaftliche Ost-West-Aktivität in zunehmendem Maße auf gemeinsame wirtschaftliche Vorhaben der EWG und des COMECON abgestimmt werden sollen.

+ + +

Auch Bayerns Politik macht noch Ferien

... aber Ruhe vor dem Sturm

H.B. - Der Staub von Bauarbeiten hat sich über die Treppenhäuser des Maximilianeums gelegt. Hier ist Sommerpause; die Handwerker haben das Wort. Erst im September werden die 204 Abgeordneten des 5. bayerischen Nachkriegsparlaments noch einmal für vier Wochen zusammenkommen. Obwohl noch so wichtige Probleme wie das neue bayerische Volksschulgesetz auf den Tisch liegen, ist doch kaum damit zu rechnen, dass im allerletzten Endspurt Entscheidendes gelingt. Allzu dicht steht der Wahlkampf vor der Tür. Und für viele Abgeordnete werden die Sitzungen im September und Oktober die letzten sein.

Mehr als 50 Abgeordnete werden nicht ins Parlament zurückkehren

Die vier im bayerischen Landtag noch vertretenen Parteien, CSU, SPD, FDP und BF, haben inzwischen ihre Kandidatenaufstellungen so gut wie abgeschlossen. Daher weiss man jetzt, dass mehr als 50 Abgeordnete oder mehr als ein Viertel der Parlamentarier im Dezember nicht in das Maximilianeum zurückkehren werden. Sie haben aus Alters- und Gesundheitsgründen oder wegen anderer Aufgaben auf eine erneute Kandidatur verzichtet oder sie sind auch ganz einfach von den Delegierten ihres Stimmkreises nicht mehr nominiert worden. Einige hoffen noch über die Wahlkreislisten zu einem Mandat zu kommen, doch ist das nur ein schwacher Trost.

Bekannte CSU-Politiker werden fehlen

Bei der CSU allein werden es mehr als 30 sein, die dem Landtag den Rücken kehren, wie Fraktionsvorsitzender Dr. Ludwig Huber kürzlich sagte. Unter ihnen befinden sich so bekannte Politiker wie der langjährige bayerische Ministerpräsident, Landtagspräsident und Justizminister Dr. Hans Ehard, der ehemalige Innenminister Dr. Willy Ankermann, die Staatssekretäre Dr. Lippert und Paul Strenkert; der ehemalige Verkehrsminister und Alterspräsident Michael Helmerich, der langjährige Rundfunkratsvorsitzende Max Zillibiller und der Haushaltsexperte Dr. Franz Elsen. Bei der SPD sind es genau 19, die nicht wieder kommen, darunter viele von der alten Garde, die seit der Verfassungsgebenden Landesversammlung 1946 dem Landesparlament angehören, voran der langjährige ehemalige Finanzminister Friedrich Zietsch und der ehemalige Staatssekretär Johann Maag.

Erhebliche Verjüngung erwartet

Aber auch Männer wie Andreas Scherber, Vizepräsident Hans Högn und Robert Lindig gehörten anderthalb Jahrzehnte dem Landtag an. Von der FDP kandidiert lediglich Walther Muth nicht mehr. Was an die Stelle dieser vertrauten Gesichter nachrückt? Soviel lässt sich heute schon sagen: in jedem Fall frisches Blut. Man darf diesmal eine erhebliche Verjüngung des bayerischen Landtages erwarten.

Auftakt zum Wahlkampf am 1. Oktober

Doch dem Einzug in das Maximilianeum geht der Wahlkampf voraus, in den Parteizentralen noch hinter verschlossenen Türen längst vor-

5. August 1966

bereitet. Erst im September wird man mit Parolen und Plakaten herausrücken. Und wenn es auf den Oktober zugeht werden die Matadore in die Arena der öffentlichen Versammlungen treten. Die Sozialdemokraten haben zum Wahlauftritt für den 1. Oktober eine außerordentliche Landeskonferenz in München angekündigt. Nur eine Woche später wird die CSU am 7. und 8. Oktober ebenfalls in München in einer Landesversammlung folgen. Die Bayernpartei hat ihr letztes Angebot schon für den 3. September zur großen Wahlschlachtformierung nach Ingolstadt bestellt. Lediglich bei der FDP sagt man: "Wir fahren nicht auf ausgefahrenen Gleisen", das heisst, man verzichtet auf eine Generalkundgebung. Stattdessen verspricht man sich viel von individuellen Veranstaltungen. Die weiblichen Wähler der Liberalen, die Jugend und die Heimatvertriebenen sollen jeweils in gesonderten Kundgebungen angesprochen werden. Ausserdem wird die gesamte Bundestagsfraktion der FDP während des bayerischen Wahlkampfes zweimal in Bayern Arbeitssitzungen abhalten, am 29. September in München und am 14. November in Nürnberg.

Nur noch zwei Parteien im Landtag?

Die FDP, die vor vier Jahren in Mittelfranken 11,8 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen und damit die Hürde der Zehn-Prozent-Klausel der Bayerischen Verfassung nehmen konnte, wird sich diesmal mächtig rankalten müssen, soll ihr die Rückkehr in das Maximilianum gelingen. Das gleiche gilt für die Bayernpartei, die 1962 nur in Niederbayern über die erforderlichen zehn Prozent der Stimmen verfügen konnte. Selbst neutrale Beobachter fassen diesmal die Möglichkeit ins Auge, dass nach dem 20. November nur noch zwei Parteien in den bayerischen Landtag zurückkehren.

Wie die Wahl auch ausgehen wird, einen Erdbeben, ähnlich der Bewegung in Nordrhein-Westfalen erwartet in Bayern niemand. Der designierte Regierungschef der CSU heisst ohne Zweifel auch für das nächste Kabinett Alfons Goppel. Dennoch würde sich an einen neuen Kabinett Goppel einiges ändern. Zum Beispiel wird Justizminister Dr. Hans Ehard ebensowenig zurückkehren wie sein bisheriger Staatssekretär Hartinger. Beide werden sich zur Ruhe setzen. Im Arbeitsministerium erwartet man, dass Staatssekretär Fritz Pirkl anstelle von Hans Schütz zum Ressortchef aufrückt. Im Finanzministerium wird man wohl auch nach einem neuen Staatssekretär suchen. Dagegen erwartet man, dass Finanzminister Pöhner ebenso auf seinen Posten bleibt wie Wirtschaftsminister Dr. Scheel. Und nach den neuesten Informationen wird Landwirtschaftsminister Dr. Hundhammer im Amt bleiben wie auch Innenminister Junker.